













# Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
Titel des Programms	<b>Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland.</b>	<b>Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land.</b>	<b>Bundestagswahlprogramm 2009</b>	<b>Die Mitte stärken.</b>	<b>Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden.</b>	
Beschlossen	<b>Außerordentlicher Bundesparteitag, 14. Juni 2009</b>	<b>Wahlkongress 29. Juni 2009</b>	<b>Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, 8.-10. Mai 2009</b>	<b>Ordentlicher Bundesparteitag 15.-17. Mai 2009</b>	<b>Bundestagswahlparteitag 20./21. Juni 2009</b>	
Tarifpolitik	<p>Für Leiharbeiter soll der Grundsatz Equal-Pay uneingeschränkt gelten. Arbeitnehmerentende- und Mindestarbeitsbedingungsgesetz sollen weitergeführt werden. Allgemeinverbindlichkeitserklärungen sollen ausgeweitet werden und Mindestarbeitsbedingungen sollen dort, wo die Sozialpartner nicht in der Lage dazu sind, vorangetrieben werden. Langzeitkonten mit ihren Möglichkeiten für einen früheren Ausstieg sowie Weiterbildung, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen auch in der Kombination mit Teilzeitarbeit sollen weiterentwickelt werden. Die SPD hat das DGB-Motto „Gute Arbeit“ in ihr Programm aufgenommen und beschrieben. Dies betrifft humane Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten, Personalentwicklung, Gesundheitsmanagement usw. In allen genannten Punkten sollen den Tarif- und Betriebsparteien mehr Spielraum gegeben werden.</p>	<p>Arbeitnehmerentendengesetz und Mindestarbeitsbedingungsgesetz sollen beibehalten aber nicht ausgebaut werden. Sie sind für einen Kombilohn als Mindesteinkommen.</p>	<p>Für Zeitarbeiter soll derselbe Lohn gelten wie für die Stammebelegschaft, die gesetzliche Ausnahmeregelung für Tarifverträge soll gestrichen werden. Auch hier wird das Stichwort „Gute Arbeit“ aufgenommen. Zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen von Arbeitnehmern soll ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften eingeführt werden. Die Tarifautonomie soll gestärkt werden. Lohnverhandlungen auf einzelbetrieblicher Ebene werden abgelehnt. Das Instrument der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen soll gestärkt werden. Die Grünen sind für die Abschaffung von „Mini-Jobs“.</p>	<p>„Mini-Jobs“ sollen ausgeweitet und auf 600 Euro erhöht werden. Die FDP fordert ein aufweichen der Tarifautonomie u. a. durch betriebliche Abweichungen vom Tarifvertrag. Diese sollen ohne Zustimmung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden erfolgen können. Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen werden abgelehnt. Abweichungen vom Tarifvertrag sollen durch Zustimmung des Betriebsrates oder bei Zustimmung von 75 % der Belegschaft ermöglicht werden. Der gesetzliche Kündigungsschutz soll eingeschränkt werden.</p>	<p>Die Linke fordert „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Frauen und Männer, für Beschäftigte Ost und West. Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen soll verboten werden, keine „Mini-Jobs“ – Sozialversicherungspflicht für jede geleistete Arbeitsstunde. Leiharbeit soll begrenzt und mit gleichen Arbeitsbedingungen und Löhnen geführt werden; zzgl. einer Flexibilitätsvergütung. Darüber hinaus soll befristete Beschäftigung bei Leiharbeitsfirmen verboten und der Einsatz von Leiharbeitern als Streikbrecher untersagt werden. Einführung einer Ausbildungumlage. Einführung eines Verbandsklagerechts für Gewerkschaften, zum Schutz geltender Tarife; das Streikrecht soll ausgeweitet werden. Die gesetzliche Höchstarbeitszeit soll auf 40-Stunden/Woche begrenzt werden.</p>	<p>Die IG BCE ist ein Verfechter der Tarifautonomie und der Sozialpartnerschaft. Betriebliche Bündnisse zur Unterwanderung von Tarifverträgen lehnen wir ab. Arbeitsbedingungen werden durch die Tarifvertragsparteien geregelt. Der Staat kann dafür nur die Rahmenregelungen gestalten. Wir stehen zum Grundprinzip Equal-Pay: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Und zu dem Themenkomplex unter dem Motto: „Gute Arbeit“.</p>
Mindestlohn	<p>Die SPD ist für einen allgemeingesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro. Niedrige Einkommen sollen durch Zuschüsse wie Grundsicherung bzw. Kinderzuschlag und Wohngeld aufgestockt werden.</p>	<p>CDU / CSU sind gegen einen bundesweit einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn.</p>	<p>Die Grünen sind für einen allgemeingesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro. Der Mindestlohn soll jährlich angepasst werden. In einzelnen Branchen können auch höhere Mindestlöhne vereinbart werden.</p>	<p>Die FDP ist gegen Mindestlöhne und für ein Mindesteinkommen, dass durch ein staatliches Bürgergeld abgesichert werden soll.</p>	<p>Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10,00 Euro mit Anpassung an die Lebenshaltungskosten. Höhere tarifliche Mindestlöhne sollen für die Branchen für Allgemeinverbindlich erklärt werden.</p>	<p>Einen gesetzlich einheitlichen Mindestlohn halten wir auf Grund der Auswirkungen auf die Tarifautonomie für falsch. Branchenbezogene Mindestlöhne sind sinnvoll.</p>

# Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
<b>Mitbestimmung und Rolle der Gewerkschaften</b>	<p>Die Betriebsräte sollen, um die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen, das Recht erhalten vom Arbeitgeber eine statistische Diagnose zu verlangen, ob die Löhne im Unternehmen gerecht sind. Die Mitbestimmung bei Fragen der Ausbildung und Weiterbildung soll ausgebaut werden. Die Betriebsräte sollen ein Mitbestimmungsrecht erhalten, um in ihrem Betrieb mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Mitbestimmung beim Einsatz von Zeitarbeit soll gestärkt und Zeitarbeiter bei den betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerten berücksichtigt werden. Die Betriebsräte sollen das Recht bekommen, beim Betriebsübergang einen Sozialplan zu verhandeln. Eine SPD-geführte Bundesregierung will im Vorfeld der Betriebsratswahlen 2010 eine Kampagne zur Gründung von Betriebsräten starten. Es soll ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden. Feindliche Übernahmen sollen kein mitbestimmungsfreier Raum sein. Mitbestimmungsfreie Zonen durch die Auslagerung in faktisch beherrschte Tochterunternehmen, durch die Wahl einer mitbestimmungsfreien Gesellschaftsform, sowie durch Auslands-gesellschaften mit Verwaltungssitz in Deutschland sollen verhindert werden.</p>	<p>Die CDU bekennt sich zur Tarifautonomie und zum fairen Ausgleich der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Konkrete Aussagen zu Mitbestimmung werden nicht gemacht.</p>	<p>Die Arbeitnehmerseite soll bei Entscheidungen über große Unternehmensumstrukturierungen wie Verkäufen relevanter Unternehmensanteile oder Auslagerungen rechtlich gestärkt werden. Betriebsräte sollen ein zwingendes Mitbestimmungsrecht beim Interessenausgleich erhalten und über den Einsatz von Leiharbeitnehmern mitbestimmen können. Für alle Unternehmen ab 1.000 Beschäftigte (bisher 2.000) soll künftig die paritätische Mitbestimmung gelten. Bei 200 (bisher 500) bis 1.000 Mitarbeitern soll eine Drittelbeteiligung im Aufsichtsrat erfolgen. Die Mitbestimmung soll auch in Unternehmen mit europäischer Rechtsform gewährleistet werden. Die nationalen Mitbestimmungsregelungen und ihre Weiterentwicklung sollen nicht durch die Umwandlung von Unternehmen mit ehemals nationaler Rechtsform in Unternehmen mit europäischer Rechtsform gefährdet werden. Gewerkschaftliche Organisation wird als wichtige Voraussetzung für die Stärkung der Mitbestimmung genannt. Ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften soll eingeführt werden. Eine Verlagerung der Tarifverhandlungen auf die betriebliche Ebene wird als Schwächung der Tarifautonomie abgelehnt.</p>	<p>Die zurzeit gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder soll deutlich reduziert werden. Eine Freistellung von Betriebsratsmitgliedern soll erst in Unternehmen mit mehr als 500 (statt jetzt 200 im Betrieb) Beschäftigten erfolgen. Für das Erreichen der Schwellenwerte sollen zukünftig Teilzeitbeschäftigte nur anteilig berücksichtigt werden. Ein Betriebsrat soll erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten (jetzt 5 im Betrieb) gebildet werden und ein Wahlquorum von 50 Prozent erfordern. Der Betriebsversammlung soll das Recht eingeräumt werden, die Offenlegung der gezahlten Aufwendungen an die einzelnen Betriebsratsmitglieder zu verlangen. Ein Ehrenkodex für Betriebsräte, entsprechend dem Kodex für gute Unternehmensführung soll entwickelt werden. Den Betriebsräten wird demnach Bestechlichkeit unterstellt. Die Drittelbeteiligung im Aufsichtsrat soll die paritätische Mitbestimmung ersetzen. Feste Sitze für Gewerkschaften im Aufsichtsrat sollen entfallen. Einführung kleinerer Aufsichtsräte mit maximal 12 Mitgliedern Abweichungen vom Tarifvertrag sollen ohne Zustimmung der Tarifparteien rechtlich abgesichert werden. Geringere Löhne oder längere Arbeitszeiten sollen möglich sein, wenn der Betriebsrat oder 75 Prozent der abstimmenden</p>	<p>Einführung eines Mitbestimmungsrechts des Betriebsrats bei Leiharbeit. Einführung eines erzwingbaren Initiativrechts für Betriebsräte, um Einstellungen zu erreichen. Rechtlich erzwingbare Personalpläne sollen es den Betriebsräten ermöglichen, bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit deutlich mehr Beschäftigten zu ermöglichen. Die Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen, auch in kleineren Betrieben soll im Betriebsverfassungsgesetz verankert werden. Massenentlassungen bei Unternehmen, die nicht Insolvenzgefährdet sind, sollen verboten werden. Die Jugendvertretung soll gestärkt werden. Die paritätische Mitbestimmung soll auf alle Unternehmen ausgeweitet werden, mit mehr als 100 Beschäftigten. Der „Antistreikparagraph“, §146 SGB III, soll abgeschafft werden; das Streikrecht auf Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen ausgeweitet werden. Ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften zum Schutz geltender Tarife soll eingeführt werden.</p>	<p>In der Krise zeigt sich die Bedeutung der Unternehmensmitbestimmung. Sie ist ein zentrales Element zum Ausgleich der Interessen von Unternehmen und Arbeitnehmern. Sie fördert eine nachhaltige Unternehmensentwicklung und die Innovationsfähigkeit. Eine Absicherung der Rechte des Aufsichtsrats durch die Einführung eines gesetzlichen Katalogs zustimmungsbedürftiger Geschäfte nach österreichischem Vorbild ist zu begrüßen. Eine Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung in Deutschland durch eine Herabsetzung der Schwellenwerte ist zu begrüßen. Unrealistische Vorschläge, wie die der „Linken“ („ab 100 Beschäftigte“) sind jedoch nicht mehrheitsfähig. Die von den Grünen vorgeschlagenen neuen Schwellenwerte, die sich an den Vorstellungen der IG Metall orientieren, stellen eine gute Diskussionsgrundlage dar. Fluchtore aus der deutschen Mitbestimmung durch die Wahl einer mitbestimmungsfreien Rechtsform, durch eine Aufteilung der Beschäftigten auf nur faktisch beherrschte Tochterunternehmen, sowie durch mitbestimmungsfreie Auslands-gesellschaften, deren Betriebe sich in Deutschland befinden, sind zu schließen. Bei zukünftigen europäischen Gesellschaftsrechtsformen muss zumindest das Mitbestimmungsniveau der Europäischen Aktiengesellschaft gewährleistet werden. Die IG BCE</p>







# Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
	<p>Bei künftigen europäischen Verhandlungen beispielsweise zur Sitzverlagerungsrichtlinie und zur europäischen Privatgesellschaft soll darauf geachtet werden, dass eine Flucht aus der deutschen Mitbestimmung nicht möglich ist.</p> <p>Die SPD betont die Notwendigkeit starker Gewerkschaften. Die Tarifautonomie soll in Deutschland und Europa verteidigt werden.</p>			<p>Mitarbeiter zustimmen.</p> <p>Im Parteiprogramm gibt es deutliche Angriffe auf die Gewerkschaften („Funktionärsmitbestimmung“, „Das Gewerkschaftsprivileg im Aufsichtsrat entspricht nicht mehr der betrieblichen Realität, sondern erweist sich immer mehr als Nachteil für den Standort Deutschland“.)</p>		<p>setzt sich kontinuierlich für die Weiterentwicklung der Betriebsverfassung ein. Mit der Zielsetzung, die Arbeitsbedingungen der betrieblichen Interessenvertretung positiv weiterzuentwickeln und den Mitbestimmungskatalog sinnvoll zu ergänzen.</p> <p>Darüber hinaus wollen wir Einstiegsbarrieren für die Gründungen von Betriebsräten abbauen. Konkret fordern wir als IG BCE hierzu z. B. Das vereinfachte Wahlverfahren für alle Betriebe mit weniger als 100 Arbeitnehmern verpflichtend wird, damit schneller ein Betriebsrat gewählt werden kann.</p>
<b>Bildungspolitik</b>	<p>Das gegliederte Schulsystem soll langfristig überwunden werden. Flächendeckender Ausbau von Ganztagschulen. Recht auf Nachholen eines Schulabschlusses für alle.</p> <p>Einführung eines „Solidarbeitrags für Bildung“ auf sehr hohe Einkommen. Duales Ausbildungssystem soll gestärkt werden. Studiengebühren – gebührenfreies Studium bis zum Master. Meister-BAföG und Studium-BAföG sollen in einem Erwachsenenbildungsgesetz zusammengeführt werden.</p>	<p>Erhalt des gegliederten Schulsystems – einschließlich der Hauptschule.</p> <p>Konfessioneller Religionsunterricht in allen Bundesländern als Pflichtfach.</p> <p>Fortführung des Ausbildungspakts mit der Wirtschaft über 2010 hinaus.</p> <p>Mehr Wettbewerb und Autonomie der Hochschulen.</p> <p>Keine Aussage zum Thema Studiengebühren; obwohl in der Praxis von CDU regierten Ländern massiv betrieben.</p>	<p>Rechtsanspruch für Kinder von einem Jahr an auf einen Kita-Platz. Eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis zur neunten Klasse mit individueller Förderung. Flächendeckende Ganztagschulen.</p> <p>Solidarzuschlag „Aufbau Ost“ soll in ein Bildungssoli umgewandelt werden. Zusätzlich soll eine Reform der Erbschaftsteuer Mehreinnahmen für die Bildung bringen. Berufliche Bildung kann in Zukunft auch vollschulisch erfolgen.</p>	<p>Weitere Privatisierung des gesamten Bildungswesens – Bildung ist Privatsache. Flächendeckende Studiengebühren.</p> <p>Privatisierung der Hochschulen.</p> <p>Duale Ausbildung wird „modualisiert“, was das Aus für den heutigen Ausbildungsberuf bedeutet. Privatschulen werden die gleichen Fördermittel gewährt, wie staatlichen Schulen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.</p>	<p>Eine Gemeinschaftsschule bis zur zehnten Klasse soll bundesweit als Regelschule verpflichtend werden. 18 Mrd. € sollen Bund und Länder pro Jahr mehr in Bildung stecken – Finanzierung durch Steuererhöhungen. Ein neues Bundeszulassungsgesetz soll die Möglichkeit von Universitäten sich ihre Studenten selbst aus zu suchen zukünftig verhindern. Solidarumlage für alle Unternehmen zur Finanzierung der Ausbildung.</p>	<p>Gute Bildung für Alle ist der Schlüssel zur Sicherung und Entwicklung sozialer Gerechtigkeit – kein Mensch darf zurückbleiben. Dies ist öffentlicher Auftrag und nicht Privatsache. Kindertageseinrichtungen müssen gebührenfrei sein. Schule als Ganztagsbetrieb, mit individueller Förderung. Duale Ausbildung weiter verbessern (Wahlqualifikationen ausbauen), Schmalspurausbildung verhindern. Auswahlfähiges Aus- und Weiterbildungsangebot. Finanzielle Zuschüsse für Betriebe mit einer Ausbildungsquote von mehr als vier Prozent. Zulassung zur Hochschule nach abgeschlossener Berufsausbildung. Berufliche Qualifikationen müssen an Studienleistungen anrechenbar sein. Studiengebühren gehören abgeschafft.</p>







# Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
<b>Arbeitsmarktpolitik</b>	<p>Die SPD formuliert, dass alle Menschen eine Arbeit haben sollen, die gerecht entlohnt wird. Ziel der sozialen Marktwirtschaft ist Vollbeschäftigung. Daher sieht die SPD bei so genannten atypischer Beschäftigung Regulierungsbedarf:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- In der Leiharbeit soll eine Lohnuntergrenze eingezogen werden. Außerdem soll das Prinzip Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit gesetzlich geregelt werden. Der konzerninternen Leiharbeit sollen Grenzen gesetzt werden.</li> <li>- Für Praktika soll es bessere rechtliche Absicherungen geben.</li> <li>- Teilzeitbeschäftigte sollen leichter in Vollzeit wechseln können. Ihre Teilnahme an Weiterbildung muss gesichert werden.</li> <li>Die Bundesagentur für Arbeit soll in der Vermittlung auch durch die Einstellung mehr und besser qualifizierter Vermittler gestärkt werden. Ein so genannter Kommunalkombi soll die Wiederbeschäftigung von Langzeitarbeitslosen erleichtern. Im so genannten Regelkreis SGB II soll die Neuregelung der Arbeitsgemeinschaften von BA und Kommunen verfassungsrechtlich geregelt werden.</li> <li>Das besser als Hartz IV bekannte Arbeitslosengeld II soll bedarfsgerecht angehoben werden.</li> <li>Das Schonvermögen für die Altersvorsorge ist zu erhöhen.</li> </ul>	<p>Für CDU und CSU ist „Arbeit für alle“ weiterhin das Ziel. Um es zu erreichen, ist eine Bildungs- und Qualifizierungs-offensive notwendig. Weiter soll die Chancen- und Lohngleichheit von Frauen und Männern verwirklicht werden. Frauen sollen ausgewogen bei der Besetzung von Führungspositionen berücksichtigt werden.</p> <p>Auch die Unionsparteien erkennen die Probleme atypisch Beschäftigter an. Lohndumping soll durch das Verbot sittenwidriger Löhne verhindert werden.</p> <p>Die Unions-Parteien stehen für eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsmarktinstrumente sollen auf ihre Effizienz hin überprüft werden. Messlatte ist, dass nur „Maßnahmen die Arbeitslose wirksam in Beschäftigung bringen, fortbestehen sollen.“</p> <p>CDU/CSU stehen zur Bundesagentur für Arbeit.</p> <p>Bei der Betreuung Langzeitarbeitsloser bekennt sich die Union zur engen Kooperation zwischen Kommunen und Arbeitsagenturen.</p> <p>Schwerpunkt der Grundsicherung soll Qualifizierung und Vermittlung in Arbeit sein. Die Hinzuverdienstregelungen sollen neu geordnet werden. Den Freibetrag im Schonvermögen will die Union wesentlich erhöhen, wenn dies der Altersvorsorge dient.</p>	<p>Mit ihrem „Green New Deal“ wollen die Grünen ein Fundament für einen wirtschaftlichen Aufschwung schaffen, an dem alle teilhaben sollen. Es sollen eine Million neuer Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden.</p> <p>Auch die Grünen wollen atypische Beschäftigung sozial regulieren: Bei der Leiharbeit soll der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ vom ersten Tag an gelten. Die abweichenden Regelungen durch Tarifvertrag sollen abgeschafft werden. Minijobs sollen wegfallen, da die Sozialversicherungsbeiträge langsam und stufenlos ansteigen sollen, damit sollen Geringverdiener mehr vom Bruttolohn haben.</p> <p>(Solo)-Selbstständige sollen die Möglichkeit erhalten, sich über die Arbeitslosenversicherung gegen Arbeitslosigkeit und Auftragsflaute abzusichern.</p> <p>Die Bundesagentur für Arbeit soll Erwerbslosen zusätzliche Qualifikations- und Arbeitsangebote machen. Das Weiterbildungsangebot soll für Beschäftigte und Arbeitslose ausgebaut werden – ein Schwerpunkt soll auf die Förderung gering Qualifizierter gelegt werden.</p> <p>Job-Center sollen schnell mit verfassungsrechtlicher Absicherung der Arbeitsgemeinschaften und der zugelassenen kommunalen Träger arbeiten können. Die Hartz-IV-Regelsätze für Erwachsene sollen auf 420 Euro monatlich steigen und an die</p>	<p>Mehr Freiheit und Fairness will die FDP am Arbeitsmarkt durchsetzen. Dabei ist die Idee, durch ein Bürgergeld ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Für die FDP macht die Ausweitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse Sinn. Sie will die Einkommensgrenze von 400 auf 600 Euro anheben.</p> <p>Die FDP will die Bundesagentur für Arbeit auflösen und in einem 3-Säulen-Modell neu ordnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine Versicherungsagentur, die das Arbeitslosengeld auszahlt, wobei es eine Wahlfreiheit bei den Tarifen geben soll,</li> <li>- eine kleine Arbeitsmarktagentur für überregionale und internationale Vermittlungen und - viele kommunale Job-Center.</li> </ul> <p>Die FDP will die Arbeitsmarktinstrumente überprüfen und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuermitteln finanzieren. Die Versicherten sollen zwischen verschiedenen Tarifmodellen wählen können.</p> <p>Ginge es nach der FDP, würden die kommunalen Job-Center die Aufgaben Vermittlung, Qualifizierung, soziale Betreuung, sozialrechtliche Sanktionen beim (von den Finanzämtern auszahlenden) Bürgergeld (statt Hartz IV) übernehmen.</p>	<p>Die aktuelle Krise ist aus Sicht der Linken eine Legitimationskrise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Atypische Beschäftigung würden die Linken gerne weitgehend abschaffen. So sollen sachgrundlose Befristungen der Vergangeneheit angehören.</p> <p>Die Leiharbeit soll strikt begrenzt werden. Dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ will die Linke zum Durchbruch verhelfen. Zusätzlich sollen Leiharbeiter wie in Frankreich eine zusätzliche Flexibilisierungsvergütung bekommen. Die maximale Ausleihdauer soll sechs Monate betragen. Scheinselbstständigkeit soll klar begrenzt werden und wegen Missbrauchsanfälligkeit kontrolliert werden.</p> <p>Die Linke spricht sich für eine weitere Verlängerung des Kurzarbeitergeldes in der Krise aus. Auch die Dauer des Arbeitslosengeldbezuges soll ausgeweitet werden. Die aktive Arbeitsmarktpolitik wollen die Linken ausbauen.</p> <p>Ein öffentlicher Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen soll helfen, Langzeitarbeitslose wieder einzugliedern.</p> <p>Die Zumutbarkeit von Arbeit soll an die tarifliche oder ortsübliche Entlohnung gekoppelt werden, die berufliche Qualifikation Erwerbslose muss bei der Vermittlung berücksichtigt werden.</p>	<p>Die IG BCE tritt für eine vorsorgende Arbeitsmarktpolitik ein, die das Risiko der Arbeitslosigkeit minimiert.</p> <p>Die IG BCE betrachtet es mit Sorge, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren zugenommen haben. In einigen Bereichen ersetzen Leiharbeiter Tätigkeiten von Stammbeschäftigten und nehmen den Charakter von „Parallelbeschäftigten“ an. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die Leiharbeit sachgerecht einzuschränken:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- „Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit“,</li> <li>- für die konzerninterne Leiharbeit klare Regeln schaffen,</li> <li>- die Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes und - die Beschränkung der Einsatzdauer.</li> </ul> <p>Die IG BCE hält die Bundesagentur für Arbeit für eine bundeseinheitliche Arbeitsmarktpolitik für unverzichtbar. Allerdings sehen wir die Notwendigkeit, die Finanzierung sicherzustellen. Durch die politisch motivierte Beitragssenkung droht eine Unterfinanzierung. Versicherungsfremden Leistungen sollten durch Steuern finanziert werden. Die IG BCE tritt für eine verfassungsrechtliche Absicherung der Arbeitsgemeinschaften ein. Eine Kommunalisierung der Arbeitslosigkeit lehnen wir ab. Ebenso stehen wir der Arbeit der Optionskommunen kritisch gegenüber. Wir treten für eine bedarfsge-</p>







# Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
			<p>Entwicklung der tatsächlichen Lebenshaltungskosten angepasst werden. Die private Altersvorsorge wollen die Grünen besser schützen.</p>		<p>Hartz IV will die Linke abschaffen – übergangsweise soll der Regelsatzes auf 500 Euro angehoben werden. 1-€-Jobs sollen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt werden. Die Grenze für Schönvermögen soll auf 20.000 Euro pro Person heraufsetzen, für die Altersvorsorge auf 700 Euro pro Lebensjahr gesteigert werden.</p>	<p>rechte Erhöhung der Regelsätze ein. Die Erhöhung sollte an der Steigerung der Lebenshaltungskosten ausgerichtet werden.</p>
<b>Sozialpolitik</b>	<p>In der sozialen Sicherung setzt die SPD auf das Prinzip der Bürgerversicherung. „Ein Sozialstaat, der alle Bürgerinnen und Bürger bei der Absicherung von Gesundheit und Pflege und alle Erwerbstätigen bei der Alterssicherung und der Absicherung von Arbeitslosigkeit in die Solidarität einbezieht.“</p>	<p>Die Union schließt die Bürgerversicherung (staatliche Einheitsversicherung) aus. „Eigenverantwortung, Vorsorge, Prävention sind zu stärken, Effizienz- und Wirtschaftlichkeitspotentiale“ sowie „individuelle Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsspielräume auszuschöpfen.“</p>	<p>Die Grünen sind für die Einführung einer Grundsicherung über dem Niveau des in der rot-grünen Koalition beschlossenen ALG II-Niveaus. Die Regelsätze sollen auf 420 Euro je Erwachsenen angehoben werden.</p>	<p>Ziel der FDP-Sozialpolitik ist ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln aller Bürger. Dafür soll ein pauschal zu zahlendes Bürgergeld eingeführt werden, das aus Steuern finanziert wird und alle Sozialleistungen zusammenfasst.</p>	<p>Die Linke setzt auf starke öffentliche Solidarsysteme und deren verlässliche und gerechte Finanzierung. Durch die Ausweitung der Systeme sozialer Sicherung in Form einer Bürgerversicherung sollen schutzbedürftige Gruppen in das soziale Netz einbezogen und die Privilegien Wohlhabender beendet werden.</p>	<p>Die IG BCE steht zum deutschen Modell der Sozialversicherungen: durch eigenes solidarisches Handeln erwirbt man Anspruch auf solidarische Unterstützung, ein bewährtes beitragsfinanziertes Umlagesystem, Steuerfinanzierung gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Elemente der Kapitaldeckung senken Belastungen künftiger Generationen und die Arbeitskosten.</p>
<b>Rentenversicherung</b>	<p>Die SPD will die Rentenversicherung nach dem Prinzip einer solidarischen Bürgersozialversicherung gestalten. Die Einkommenssicherung im Alter soll durch betriebliche und private Altersvorsorge ergänzt werden. Angestrebt wird weiter die Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Außerdem soll der Kreis der gesetzlich Rentenversicherten durch Solo-Selbstständige erweitert werden.</p>	<p>Im 3-Säulen-Prinzip gesetzlich-privat-betrieblich will die Union vor allem die private und die betriebliche Altersvorsorge stärken, sieht aber in der gesetzlichen Rentenversicherung immer noch die tragende Säule der Altersvorsorge. Für Langzeiteinzahler soll eine Mindestrente abgesichert werden, die über dem Existenzminimum liegt. Diese Mindestrente soll aus Steuermitteln finanziert werden. CDU und CSU wollen Kindererziehungszeiten besser berücksichtigen.</p>	<p>Die Grünen streben die Einführung eines Rentenmindestniveaus an. Auch Langzeitarbeitslose sollen vor Armutsrenten geschützt werden. Weiter wird die Bildung einer so genannten Splitting-Rente angestrebt. Frauen und Männer sammeln ihren jeweils häufig erworbenen Anspruch auf ein eigenes Konto. Die Grünen wollen den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand flexibel gestalten. Dazu soll der Bezug einer Teilrente ab 60 möglich sein. Weiter soll es eine abschlagsfreie EM wieder mit 63 Jahren geben.</p>	<p>Die FDP strebt den Ausbau der Kapitaldeckung zur Altersvorsorge an. Diese solle gestärkt werden. Auch Selbstständige sollen von der Riester-Förderung profitieren können. Die FDP will es Arbeitnehmern freistellen von 60 an mit Abschlägen in Rente zu gehen. Wer eine gesetzliche Rente bezieht, soll ohne Grenze nach oben hinzu verdienen können. Die Renten Ost und West sollen auf ein einheitliches Niveau gebracht werden.</p>	<p>Die Linke will sämtliche seit 1998 eingeführten Kürzungen des Rentenniveaus für die gesetzlich Versicherten wieder streichen. Die Basis der gesetzlichen Rente soll so umgebaut werden, dass alle Erwerbstätigen in das System miteinbezogen werden (Erwerbstätigenversicherung). Die Linke plädiert für die Herabsetzung des Renteneintrittsalters von 67 auf 65 Jahre. Die Mindestrente soll 800 Euro betragen. Auch die Linke strebt eine Anpassung des Ost- an das Westrentenniveau an.</p>	<p>Die IG BCE plädiert für eine armutsfeste Alterssicherung. Nach 40 Jahren Erwerbsarbeit soll die gesetzliche Rente deutlich das Niveau der Grundsicherung überschreiten. Um Armutsrenten zu vermeiden streben wir die Stärkung von Versicherungsverläufen an. Die Erwerbsminderung muss besser abgesichert werden. Auch die IG BCE setzt auf die Ausweitung der Versichertenkreises auf alle Erwerbstätigen. Während die gesetzliche Rente mindestens vor Armut im Alter schützen soll, soll der Lebensstandard durch Entgeltumwandlung, also</p>







Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
			Auch die Grünen wollen das Prinzip einer Bürgerversicherung in der Rente einführen.			betriebliche und private Formen der Altersvorsorge, gesichert werden. Die IG BCE strebt einen flexiblen Übergang in die Rente an.
<b>Krankenversicherung</b>	Die SPD will eine gute gesundheitliche Versorgung durch „Flexibilisierung des Vertragsgeschehens“ zwischen Kassen und Leistungserbringern absichern, eine einheitliche Gebührenordnung für die ambulante medizinische Versorgung durchsetzen und die Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung voranbringen. Alle Menschen sollen am medizinischen Fortschritt teilhaben. Die Versorgung chronisch Kranker soll verbessert werden, die Prävention soll mit Hilfe eines eigenen Patientenschutzgesetzes verbessert werden. Eine neutrale Kosten-Nutzen-Bewertung neuer Arzneimittel und Therapien soll preisdämpfend wirken.	CDU und CSU wollen ein leistungsfähiges Gesundheitswesen: Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die private Krankenversicherung (PKV) sollen weiterentwickelt werden, die PKV soll aber eigenständig bleiben. Die Unions steht für mehr Wettbewerb und einzelvertragliche Regelungen zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern. Sie will die gesetzlichen Regelungen zur Preisfestsetzung von Arzneimitteln überprüfen. An dem Prinzip eines selbstverwalteten Gesundheitswesens mit einer Interessenvertretung der Ärzte halten CDU und CSU fest. Die beiden Parteien garantieren die freie Arztwahl.	Die Grünen wollen die Prävention stärker in den Vordergrund stellen, die Versorgung chronisch Kranker verbessern, den Hausarzt als Lotsen stärken und die integrierte Versorgung ausbauen. Preisdämpfend soll eine Positivliste für Medikamente wirken, Medikamentenzahlungen und Praxisgebühren wollen die Grünen abschaffen. Mehr Wettbewerb zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern sowie Stärkung der Patientenrechte durch ein Patientenschutzgesetz sollen die Versicherten begünstigen.	Die FDP will mit der aus ihrer Sicht zentral gesteuerten Staatsmedizin Schluss machen. Sie setzt auf die Privatisierung der Krankenkassen. Für die medizinische Grundversorgung soll es eine Versicherungspflicht ohne Risikozuschläge geben. Höherer Versicherungsschutz soll durch entsprechende Tarife möglich sein. Förderung gesundheitsbewussten Verhaltens durch Ärzterechnung und finanzielle Selbstbeteiligung. Das Sachleistungsprinzip wird in Frage gestellt. Die FDP setzt auf die Stärkung der Prävention und Ausbau der Palliativmedizin.	Für die Linke ist „Gesundheit ein individuelles Grundrecht und muss für alle in einem System der öffentlichen Daseinsvorsorge erreichbar sein“. Gefordert wird die Aufhebung der Beitragsmessungs- und Versicherungspflichtgrenze sowie die Streichung des Sonderbeitrages von 0,9 Prozent. Zuzahlungen und der Praxisgebühr sollen abgeschafft und der Anspruch auf Brillen und Zahnersatz wieder eingeführt werden. Eine Positivliste für Medikamente soll die Preisentwicklung dämpfen. Dazu soll auch die Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel auf 7 Prozent beitragen. Auch die Linke setzt auf die Einführung eines Präventionsgesetzes.	Die IG BCE orientiert sich am Prinzip der ganzheitlichen gesundheitlichen Versorgung und an den Patientenbedürfnissen: Wir wollen die Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung aufheben, und streben an, Reha und Prävention durch eine integrierte Versorgung sicherzustellen. Eine bedarfsgerechte Versorgung (Krankenhäuser, Ärzte) muss sichergestellt werden. Die Vergütung der Ärzte soll sich am Behandlungserfolg orientieren. Wir setzen auf einen Qualitätswettbewerb der Kassen und einzelvertragliche Gestaltung zwischen den Kassen und Leistungserbringern. Prozess-, Struktur- und Produktinnovation (Arzneimittel, Medizinprodukte) für Qualität und Wirtschaftlichkeit
	Entsprechend dem Modell „Bürgerversicherung“ sollen alle Einkommen und ein höherer Steueranteil zur Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung beitragen. Ein weiterentwickelter Risikostrukturausgleich der GKV unter Einbeziehung der privaten Krankenversicherung und die Einführung eines Risikostrukturausgleichs zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung sollen die großen Le-	Die Union schließt die Bürgerversicherung (staatliche Einheitsversicherung) aus. Statt der Kopfpauschale ist die Rede von Stärkung der Eigenverantwortung durch die Weiterentwicklung von Bonus-Modellen, Wahl- und Selbstbehalttarifen und die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen durch Steuern. Vorgesehen sind Kurskorrekturen beim Risikostrukturausgleich und dem ärztlichen Ho-	Die Grünen setzen bei der Weiterentwicklung der Kranken- und Pflegeversicherung auf das Modell Bürgerversicherung. Neben dem Lohn Einkommen sollen auch andere Einkommensarten zur Finanzierung beitragen. Sie fordern die Abwicklung des Gesundheitsfonds.	Die FDP setzt auch in der Kranken- und Pflegeversicherung auf das Modell „Privat kommt vor dem Staat“. Der Gesundheitsfonds soll abgeschafft, die private Krankenversicherung gestärkt werden. In der Kranken- und Pflegeversicherung soll das lohnbezogene Umlageverfahren abgeschafft und auf ein kapitalgedecktes Prämiensystem umgestellt werden. Ein sozialer Ausgleich soll über Steuermittel	„Die Linke“ verfolgt als Finanzierungsmodell für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung die Bürgerversicherung mit einer vorgesehenen Ausweitung der Finanzierung und des versicherten Personenkreises.	Die IG BCE will keinen Systemwechsel – also keine Privatisierung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Die Abgrenzung von GKV und privater KV hat sich nach unserer Sicht überlebt. Die Einführung einer Bürgerversicherung für alle ist geboten. Das heißt: Einbeziehung der PK-Versicherten über Beiträge, Steuern und andere Einkunftsarten. Der Risikostrukturausgleich muss weiterentwickelt werden. Alle medizi-







Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
	<p>bensrisiken solidarisch finanzieren. Der Sonderbeitrag von 0,9 Prozent soll wieder paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden.</p>	<p>norarsystem.</p>		<p>erfolgen.</p>		<p>nisch notwendigen, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Leistungen sind zu finanzieren.</p>
<p><b>Pflegeversicherung</b></p>	<p>Der Begriff der Pflegebedürftigkeit muss aus Sicht der SPD neu definiert werden, um den Hilfebedarf Betroffener besser abzubilden. Die häusliche Pflege soll durch wohnortnahe Unterstützungsangebote attraktiver werden. Arbeitnehmer sollen einen Anspruch auf bezahlte Freistellung von bis zu zehn Tagen für die Organisation der Pflege haben.</p>	<p>CDU und CSU streben ein hohes Niveau der Pflege ohne steigende Kosten für Pflegebedürftige, Angehörige und Sozialhilfeträger an. Sie wollen die Pflegebedürftigkeit neu definieren. Die Pflege in der Familie soll durch Pflegestützpunkte und Beteiligung von Unternehmen an Programmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege attraktiver werden.</p>	<p>Die Grünen wollen kombinierte Wohn-, Pflege- und Hilfsangebote fördern. Außerdem streben sie die Einführung einer dreimonatigen Pflegezeit mit Lohnersatzleistung an.</p>	<p>Die FDP fordert die Abkehr von der Sachleistung hin zur differenzierten Geldleistung und mehr Transparenz über die Leistungsangebote. Ein Benchmarking stationärer Pflegeeinrichtungen soll Standards definieren. Die FDP kritisiert die für die Beurteilung von Pflegequalität maßgeblichen MDK-Prüfberichte als unzureichend.</p>	<p>Die Linke will sehr pauschal den vorherrschenden Pflege-notstands beseitigen. Dazu soll die stationäre Pflege verbessert werden. Mit Blick auch auf die Beschäftigten in den Pflegeberufen fordert die Linke eine Anhebung der Pflegesätze.</p>	<p>Die IG BCE strebt den Aufbau von Pflegestützpunkten an. Sie sollen das wohnortnahe Betreuungsangebot koordinieren. Der Begriff der Pflegebedürftigkeit soll um den zusätzlichen Pflegebedarf Demenzkranker zu erweitert werden. Wir streben eine bezahlte Freistellung für die Organisation der Pflege von bis zu zehn Tagen an.</p>
<p><b>Arbeitsschutz</b></p>	<p>Die Arbeitsorganisation muss gesundheitsverträglich gestaltet werden. Ziel ist es, dass alle Beschäftigten nicht durch ihre Arbeit geschädigt werden sollen. Belastende Arbeitsbedingungen sind zu vermeiden. Für Behinderte erwartet die SPD eine barrierefreie Gestaltung von Arbeit und Alltag.</p>		<p>Die Grünen streben eine gesundheitsorientierte Arbeitsorganisation an. Berufliche Bildung, altersgerechte Arbeitsplätze und Gesundheitsförderung für über 50-jährige soll Arbeitnehmer bis zur Rentengrenze im Beruf halten. Für Behinderte müssen alle Lebensbereiche von Barrieren befreit werden.</p>	<p>Die FDP nennt als Grundvoraussetzung für eine tatsächliche Teilhabe Behinderter die Barrierefreiheit. Menschen mit Behinderung sollen alle öffentlichen Gebäude, Verkehrsmittel und Kommunikationseinrichtungen weitgehend unabhängig von fremder Hilfe nutzen können.</p>	<p>Die Linke formuliert umfassend, dass Arbeit nicht krank machen darf. Regelmäßige Weiterbildung der Beschäftigten und eine umfassende Gesundheitsprävention sollen die Arbeitsfähigkeit bis zur von den Linken angestrebten Altersgrenze von 65 Jahren ermöglichen. Dazu soll auch die Arbeitsorganisation alters- und altersgerecht gestaltet werden.</p>	<p>Die IG BCE setzt sich für die alters- und altersgerechte Gestaltung der Arbeitsplätze in Betrieben und Verwaltungen ein. Regelmäßige Weiterbildung und ein umfassender Gesundheitsschutz sollen Arbeitnehmern helfen, die Rentenversicherungsgrenze zu erreichen. Wir erwarten weiter, dass sich die Parteien für die Barrierefreiheit der Alltags- und Arbeitswelt für Behinderte einsetzen.</p>
<p><b>Unfallversicherung</b></p>				<p>Die FDP fordert eine weitgehende Umstellung der Unfallversicherung auf Kapitaldeckung. Arbeitsunfälle sollen künftig von den Unternehmen bei einem privaten Versicherungsunternehmen versichert werden können. Schwere Berufskrankheiten sollen weiter bei den Berufsgenossenschaften versichert bleiben. Der Leistungskatalog der Unfall-</p>		<p>Forderung nach mehr Wettbewerb und Kapitaldeckung in der Unfallversicherung lehnen wir ab. Hierbei wäre auch das Branchenprinzip der Berufsgenossenschaften vor allem im Bereich der Prävention gefährdet. Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Wegeunfälle können nicht getrennt werden. Sie gehören in eine Solidargemeinschaft. Alle Unternehmen, besonders</p>







# Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
				versicherung muss gerechter und zielgenauer gestaltet werden. Das neu eingeführte Meldeverfahren soll wegen bürokratischer Überlast wieder abgeschafft werden. Wegeunfälle will die FDP aus dem Leistungskatalog der Unfallversicherung streichen.		aber KMU profitieren von der Solidargemeinschaft der Berufsgenossenschaften. Einer Überarbeitung des Leistungsrechts würden wir uns nicht verweigern. Abbau und Beseitigung von unnötigem bürokratischem Aufwand bezüglich des neu eingeführten Meldeverfahrens können wir mittragen.
<b>Familienpolitik</b>	Die SPD strebt eine bessere Kinderbetreuungsinfrastruktur an. Dazu zählt der Ausbau der Ganztagsbetreuung. Darüber hinaus will die SPD Eltern-Kind-Zentren einrichten. Das Elterngeld soll ausgebaut, die Partnermonate aufgestockt werden. Alleinerziehende sollen mit mehr Hilfe im Alltag rechnen können.	CDU und CSU wollen das Kindergeld anheben und ein Betreuungsgeld einführen (wenn kein Krippenplatz in Anspruch genommen wird). Langfristig soll der Kindergartenbesuch von Beiträgen befreit werden. Familie und Beruf sollen besser vereinbar sein. Auch die Unionsparteien wollen Alleinerziehenden im Alltag mehr Hilfe zukommen lassen.	Die Grünen streben eine paritätische Aufteilung der Elternzeit an. Die unterschiedlichen Formen von Familie sollen durch eine steuerliche und sozialpolitische Gleichbehandlung anerkannt werden. Die Grünen wollen das Ehegattensplitting abschaffen.	Die FDP strebt die Einführung eines Grundfreibetrags für Eltern an. Das Kindergeld soll auf 200 Euro erhöht, die Steuerklasse V abgeschafft werden. Kindererziehungszeiten sollen in der kapitalgedeckten Altersvorsorge berücksichtigt werden. Schrittweise sollen die Elternbeiträge bei der Kinderbetreuung abgeschafft werden.	Die Linke macht sich für einen Rechtsanspruch auf gebührenfreie Kinderbetreuung stark. Das Elterngeld soll ausgedehnt werden. (auf jeweils 12 Monaten für Väter und Mütter). Weiter strebt die Linke eine Erhöhung des Kindergeldes an. Das Ehegattensplitting wird ebenfalls zur Disposition gestellt. Alle familiären Lebensformen sollen gleich behandelt werden.	Die IG BCE macht sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf stark. Dazu gehören bessere und so bald wie möglich auch kostenfreie hochwertige Betreuungsangebote für Kinder. Alleinerziehende müssen am Arbeitsmarkt besonders gefördert werden. Auch pflegende, berufstätige Angehörige brauchen mehr zeitliche Freiräume.
<b>Frauen- und Gleichstellungspolitik</b>	Die SPD tritt mit der Forderung nach verbindliche Regelungen zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen (z. B. in Aufsichtsräten) an. Die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollen verbessert werden. Die SPD strebt Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen an. Nach Ansicht der Sozialdemokraten soll Gleichstellung in der Politik als Querschnittsaufgabe gelten.	CDU und CSU wollen die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen durch freiwillige Vereinbarungen in der Privatwirtschaft erreichen. Die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollen verbessert werden. Mit freiwilligen Vereinbarungen soll die Förderung von Frauen in Führungspositionen erreicht werden. Der Anspruch auf Freistellung bei Erkrankung der Kinder soll ausgeweitet werden. Frauen sollen besser gegen Gewalt geschützt werden.	Die Grünen streben ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft an. Die Frauenquote in Aufsichtsräten wollen sie auf 50 Prozent festschreiben. Mit Blick auf Entgeltgleichheit von Männern und Frauen soll es ein Verbandsklagerecht geben. Der Schutz gegen Gewalt gegen Frauen soll verbessert werden. Auch in der Politik soll eine Frauenquote die Repräsentanz von Frauen verbessern.		Die Linke will die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern per Gesetz zum Durchbruch verhelfen. Dazu soll auch ein Verbandsklagerecht eingeführt werden. In so genannten typischen Frauenberufen soll eine bessere Bezahlung die Leistung von Frauen anerkennen. Für die Privatwirtschaft soll es ein Gleichstellungsgesetz geben.	Die Initiative der IG BCE „Frauen starten durch“ beschreibt offenkundig die zentralen Anforderungen in der Frauen- und Gleichstellungspolitik. Gleichstellung in Beruf und Karriere, höherer Anteil weiblicher Führungskräfte und Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe hat die IG BCE so selbst formuliert.







## Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
<b>Integrationspolitik</b>	<p>Deutschland ist für die SPD ein Einwanderungsland. Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Dazu will die SPD eine bessere Förderung und gleiche Chancen vor allem im Bildungssystem durchsetzen. Besondere Förderprogramme und Modellprojekte sollen dazu beitragen, dass die Position von Migrantinnen und Migranten im Erwerbsleben besser wird.</p>	<p>Deutschland ist für CDU und CSU ein Integrationsland, Einwanderung muss gezielt auch nach ökonomischen Interessen gesteuert werden. Erfolgreiche Integration bedeutet für die Union: „Identifikation mit unserem Land, gleichberechtigte Teilhabe und Verantwortung.“</p>	<p>Mit dem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag wollen sie die Integration voranbringen und die multikulturelle Realität demokratisch gestalten. Für die Grünen ist Integration der Prozess zu einem Leben in geltendem rechtlichem Rahmen, mit sozialer Chancengleichheit und kultureller Selbstbestimmung. Die Gesellschaft muss den sozialen Aufstieg für ihre EinwanderInnen fördern, die Chancengleichheit in allen Lebensbereichen ermöglichen, vor allem in der Arbeitswelt und Bildung. Der Arbeitsmarkt ist aus grüner Sicht ein Schlüssel zur Integration. Vor Ort entscheidet sich der Erfolg oder Misserfolg von Integrationspolitik.</p>	<p>Deutschland, das die FDP auch als Einwanderungsland sieht, hat Nachholbedarf in der Integrationspolitik. Die FDP will die individuelle, auch nachholende Integration. Jeder Zuwanderer ist in erster Linie selbst gefordert, für sich und seine Familie Verantwortung zu übernehmen. Unverzichtbare Voraussetzungen sind aus Sicht der FDP vor allem das Beherrschen der deutschen Sprache. Der beste Weg zur Integration ist aus Sicht der FDP, wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen.</p>	<p>Für die Linkspartei ist Deutschland ebenfalls ein Einwanderungsland. Quoten, Kontingente und Punktesysteme sind aus Sicht der Linken Instrumente einer menschenverachtenden, selektiven Einwanderungspolitik. Alle Kinder, die hier geboren werden und deren Eltern in Deutschland leben, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Die Einbürgerung muss wieder erleichtert werden. Doppelte Staatsbürgerschaften sollten grundsätzlich möglich sein.</p>	<p>Die IG BCE befürwortet eine auf Dauer angelegte Zuwanderungskommission, die drittelparitätlich besetzt ist. Die Auswahl der Einwanderer sollte nach einem Punktesystem durchgeführt werden. Berücksichtigt werden sollen Kriterien wie Alter, allgemeine und berufliche Qualifikation, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse und sonstige Integrationsfördernde Faktoren. Für die Neueinwanderer müssen Angebote der Basisintegration gemacht werden. Dazu beitragen müssen Staat und Arbeitgeber – aber auch die Einwanderer müssen Bereitschaft zur Integration zeigen.</p>
<b>Rechtsextremismus</b>	<p>Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist für die SPD eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe. Die SPD strebt ein Verbot der NPD an.</p>	<p>Die Unionsparteien treten Extremisten aller Art entschlossen entgegen. Das Konzept von CDU und CSU heißt „wehrhafte Demokratie“.</p>	<p>Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Behindertenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Homophobie ist auch ein Kampf für unsere Demokratie, meinen die Grünen. Rechtsextremistische Strukturen sollen transparent gemacht und der finanzielle Nährboden entzogen werden. Die Grünen stützen das Ziel, die NPD verbieten zu lassen, halten dies aber nicht für ein Allheilmittel.</p>	<p>Links- und Rechtsextremismus stellen gleichermaßen die Grundrechte und den Rechtsstaat in Frage.</p>	<p>Die Gründe für das Entstehen rechtsextremer Haltungen sind aus Sicht der Linken vielfältig: Sie entstehen immer wieder neu aus Vorurteilen, Entdemokratisierung und Entsolidarisierung und werden begünstigt durch die soziale Spaltung in der deutschen Gesellschaft und Demokratiedefizite. Die Linke fordert: rechtsextreme Gewalt ächten, staatlich verfolgen und konsequent ahnden; bürgerschaftliches Engagement gegen rechtsextreme Gewalt anerkennen und fördern; die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Bundesministerien und von Bund und Ländern durch eine</p>	<p>Der fremdenfeindlichen und rassistischen Gewalt ist Einhalt zu gebieten. Der Organisationsprozess neonazistischer, rechtsradikaler, rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Gruppierungen und Cliquen muss unterbunden werden. Durch Informationen, aber auch Verbote von Organisationen muss deutlich werden, dass diese Personen, Gruppierungen und Parteien sich gegen das menschliche Zusammenleben und damit außerhalb der Gesellschaft stellen. Die IG BCE hat sich ausdrücklich für ein NPD-Verbot ausgesprochen.</p>







# Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
					„Beauftragte des Deutschen Bundestages für Demokratie und Toleranz“ koordinieren. Auch die Linke strebt ein Verbot der NPD an.	
<b>Wirtschaftspolitik</b>	<p>Die SPD möchte die Soziale Marktwirtschaft auf Basis von „zehn Grundprinzipien“ neu begründen. Hierzu zählen eine „starke und solidarische Gesellschaft“, die Mitbestimmung als „ein unverzichtbarer stabiler Erfolgsfaktor“, „eine Kultur der Langfristigkeit und Nachhaltigkeit“, ein handlungsfähiger Staat, eine gerechte Vermögensverteilung, „eine strategische und ökologische Industriepolitik“ sowie „eine Balance zwischen Exportstärke und Binnenmarkt“.</p> <p>Auf europäischer Ebene wollen die Sozialdemokraten die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung verbessern und damit einen „qualitativen Schritt hin zu einer starken gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik“ leisten.</p> <p>Insbesondere für KMU fordert die SPD eine „neue europäische Offensive zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“.</p> <p>In dem das Wahlprogramm ergänzenden „Deutschlandplan“ strebt die SPD eine Modernisierungspolitik an, die zum Aufbau zusätzlicher vier Millionen Stellen führen soll.</p>	<p>Die Union möchte in den nächsten Jahren „nachhaltiges Wachstum“ fördern. Die aus dem zukünftigen Wirtschaftswachstum resultierenden Steuermehreinnahmen sollen „in etwa gleichen Teilen für Haushaltskonsolidierung, Zukunftsinvestitionen und zur Entlastung der Bürger“ verwendet werden. Konkret sollen verschiedene „Zukunftsprojekte“ besonders gefördert werden. Hierzu zählen Umwelttechnologien, Elektroautos und neue Werkstoffe. Die erfolgreichen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft möchten CDU/CSU europaweit und international verankern.</p>	<p>Die Grünen fordern eine „soziale und ökologische Wirtschaftsordnung“, einen „Green New Deal“. Nachhaltigkeit soll „zum Kompass der Wirtschaftspolitik werden“. Eine „grüne Industriepolitik“ soll „die gesamte Industrieproduktion unter Energie- und Materialeffizienzgesichtspunkten“ erneuern und zukunftsweisende Technologien vorantreiben. Die „Privatisierungseuphorie der neunziger Jahre“ ist für die Grünen „weit über das Ziel hinausgeschossen“. Der Staat soll „wieder als Eigentümer wirtschaftlicher Strukturen in Erscheinung treten“. Darüber hinaus fordern die Grünen eine erweiterte Aufgabenstellung der EZB: Neben der Geldwertstabilität soll sie zukünftig „auch eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung einschließlich Beschäftigung umfassen“.</p>	<p>Wirtschaftspolitik ist für die FDP Mittelstandspolitik. Steuern und Lohnzusatzkosten sollen für den Mittelstand gesenkt und die Tarifpolitik „vor staatlichen Lohndiktaten geschützt“ (Mindestlöhnen) werden. Der Staat soll sich „aus der Wirtschaft zurückziehen, indem er statt eines immer dichteren, bürokratischen Regelungsnetzes einen verständlichen, flexiblen Regelungsrahmen vorsieht“.</p> <p>Von Tarifverträgen soll zukünftig auch ohne Zustimmung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände abgewichen werden. Schließlich sollen die „Kosten der betrieblichen Mitbestimmung begrenzt“, der „komplizierte“ Kündigungsschutz „beschäftigungsfreundlicher“ und „das Gewerkschaftsprivileg im Aufsichtsrat“ abgeschafft werden.</p>	<p>Die Linke strebt eine Wirtschaftsordnung an, „die den Kapitalismus schrittweise überwindet“. Der Kapitalismus ist nicht nur „sozial ungerecht und ein Motor der Klimakatastrophe“, er hat zudem „die Welt in die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren getrieben“. Was genau an die Stelle des Kapitalismus treten soll, wird nicht verraten. Zunächst sollen Privatisierungen von öffentlichem Eigentum gestoppt und zum Teil rückgängig gemacht werden. Banken sollen „vergesellschaftet“ werden. Ab 2009 soll ein jährliches Investitionsprogramm in Höhe von 100 Mrd. Euro für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und eine Energiewende verwendet werden. Zusätzlich soll ein „Zukunftsfonds“ den Unternehmen 100 Mrd. Euro für die „sozial-ökologische Entwicklung in- dustrieller Arbeitsplätze“ bereit stellen.</p>	<p>Eine moderne und zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik muss aus Sicht der IG BCE eine Wirtschaftspolitik für die Menschen in unserem Lande sein. Von zentraler Bedeutung sind die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie der Erhalt eines sozialen und wettbewerbsfähigen Deutschlands. Deshalb muss sowohl auf der Angebotsseite die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gefördert werden, wie auf der Nachfrageseite der private und staatliche Konsum. Die Industrie und die damit verbundenen Dienstleistungen bilden das Fundament unserer Wirtschaft. Vor allem die exportorientierte Industrie muss sich auf dem Weltmarkt behaupten. Die Politik muss deshalb die aktive Industriepolitik auf deutscher und europäischer Ebene fortsetzen und zielgerichtet ausbauen, um so einen Beitrag zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu leisten. Darüber hinaus müssen auch die Rahmenbedingungen für die deutsche und europäische Wirtschaft zukunftstauglich gestaltet werden.</p>
<b>Forschungspolitik</b>	<p>Die SPD strebt die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsaus-</p>	<p>CDU und CSU setzen sich für ein verbessertes, rechtssicheres Patentsystem in Europa</p>	<p>Auch die Grünen wollen die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für F+E auf drei Prozent des</p>	<p>Die FDP setzt mit Blick auf den Wissenschaftlermangel auf ein modernes Zuwanderungs- und</p>	<p>Die Linke will die öffentliche Forschungsförderung auf gemeinwohlorientierte Ziele aus-</p>	<p>Die IG BCE steht für die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen F+E-Ausgaben auf drei Prozent</p>



# Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
	<p>gaben auf drei Prozent des Bruttoinlandprodukts bis 2015 an. Steuergutschriften für Forschung sollen hierzu einen Beitrag leisten: Bestehende Formen der Projektförderung durch eine steuerliche Förderung in Form einer Steuergutschrift („Tax credit“) für kleinere und mittlere Unternehmen ergänzen. Die SPD fordert eine klare Gentechnik-Kennzeichnung für Endprodukte. Gentechnikfreie Regionen sollen rechtsverbindlich definiert werden können. Die SPD setzt sich für einen flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes ein. Eine umfassende Erneuerung des Stromnetzes soll einen erheblichen Innovationsschub auslösen.</p>	<p>ein. Sie streben an, die gesamtwirtschaftlichen F+E-Ausgaben auf drei Prozent des BIP anzuheben. Sie legen ein Bekenntnis zur Bedeutung der Grundlagenforschung und wissenschaftlichen Autonomie ab und wollen den Pakt für Forschung und Innovation umsetzen. Insbesondere die moderne Bio- und Gentechnologie soll in ein ethisches Gesamtkonzept eingebettet werden. Die Sicherheitsforschung in umstrittenen Bereichen wie der Grünen Gentechnik soll verstärkt werden. Die Kompetenzen in der Forschungsförderung sollen in einem starken Forschungs- und Wissenschaftsministerium gebündelt werden. Flächendeckender Ausbau unseres Landes mit Breitbandnetzen.</p>	<p>Bruttoinlandprodukts aufbauen helfen. Die Grundlagenforschung muss aus ihrer Sicht die wesentliche Säule der öffentlichen Forschungsförderung bleiben. Von einer steuerlichen Forschungsförderung sollen KMU-Betriebe unter bestimmten Voraussetzungen werden nicht benannt) profitieren. Der Einsatz von Wagniskapital soll stärker unterstützt werden, um Gründung innovativer Unternehmen zu erleichtern</p>	<p>Aufenthaltsrecht für ausländische Fach- und Spitzenforscher. Das Patent- und Urheberrecht soll forschungsfreundlicher ausgestaltet werden. Auch die FDP sieht die Marke von drei Prozent des BIP für F+E als Mindestmaß für eine angemessene Innovationsstrategie. Staatliche Forschungseinrichtungen sollen eigenverantwortlich über Kooperation mit der Wirtschaft entscheiden können. Sehr klar spricht sich die FDP für eine wirksame steuerliche F+E-Förderung, besonders für KMU-Betriebe, aus.</p>	<p>richten. Teure Prestigeprojekte, etwa Rüstungsforschung und industriegeführte Forschung sollen dagegen nicht länger von der öffentlichen Hand gefördert werden. Entsprechend soll es über die Abzugsfähigkeit der F+E-Ausgaben vom zu ermittelnden Gewinn keine weitere Förderung von F+E in der Privatschiff geben. Etwas unbestimmt spricht sich die Partei für die Entwicklung neuer Instrumente der Forschungsförderung aus. Die ostdeutsche Forschungslandschaft soll besonders gestärkt werden. Die Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlern sind aus Sicht der Linken verbesserungswürdig.</p>	<p>des BIP bis 2015. Weiter befürworten wir eine steuerliche Forschungsförderung über die gegebenen Möglichkeiten hinaus. Die stärkere Unterstützung von Wagniskapital, um innovative Unternehmen zu unterstützen wird seitens der IG BCE befürwortet. Die IG BCE steht auch für eine Qualitäts- und Leistungsorientierung als Vergabekriterium für staatliche Forschungsförderungsmittel. Wir stehen für die Effizienz der Patentverwertungsagenturen durch fachliche Spezialisierung und regionale Bündelung ein. Eine nachhaltige Sicherheitsforschung in der Bio- und Gentechnologie ist ein wesentlicher Schlüssel zur Akzeptanzförderung.</p>
<b>Finanzpolitik (Steuern/Ausgaben)</b>	<p>In der Steuerpolitik möchte die SPD wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit verbinden. Im Bereich der Unternehmensteuer wird ein Steuer-senkungswettbewerb abgelehnt. Bei der Einkommensteuer soll der Eingangsteuersatz auf 12 Prozent abgesenkt, der Spitzensteuersatz als „Bildungssoli“ auf 47 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von 125.000 Euro (Verheiratete 250.000 Euro) angehoben, das Ehegattensplitting verändert, der Kinderfreibetrag um 200 Euro pro Kind erhöht, eine</p>	<p>Die Unionsparteien wollen Steuersätze senken – aber nur, wenn es die finanzwirtschaftliche Lage erlaubt. Im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer streben CDU/CSU eine „grundlegende Tarifreform“ an. Der Mittelstandsbauch soll abgeflacht (Korrektur des Tarifverlaufs), der Eingangsteuersatz gesenkt (von 14 auf 12 Prozent) und der Höchststeuersatz verschoben (bei gleichem Steuersatz soll der Höchststeuersatz statt derzeit ab 52.552 Euro erst ab 60.000 Euro Jah-</p>	<p>Die Grünen wollen „das Steuersystem vereinfachen, zusätzliche Einnahmequellen erschließen und durch Streichen unsinniger Staatsausgaben und konsequenten Subventionsabbau Ausgaben reduzieren“. Konkret fordern sie eine zeitlich befristete Vermögensabgabe „mit der zweckgebunden die Kosten zur Bewältigung der Krise getilgt werden sollen“. Der Spitzensteuersatz soll auf 45 Prozent angehoben aber erst ab einem höheren Einkommen als heute wirksam werden. Der Grundfreibetrag soll von derzeit 8.004 auf</p>	<p>Die FDP möchte „einfache, niedrige und gerechte Steuern“. Für die Lohn- und Einkommenssteuer fordert sie einen Stufentarif mit Grundfreibetrag (8.004 Euro) und drei weiteren Stufen von zehn Prozent (bis 28.004 Euro), 25 Prozent (bis 58.004 Euro) und 35 Prozent (ab 58.008 Euro). Für Unternehmen will die FDP „eine international wettbewerbsfähige Besteuerung“ einführen und die „Fehler der Unternehmensteuerreform 2008“ beseitigen. So will sie beispielsweise die Zinsschranke, die Ein-</p>	<p>Die Linke möchte „die Steuern auf hohe Einkommen, hohe Erbschaften und Konzern-Gewinne erhöhen“. Eine Börsenumsatzsteuer soll eingeführt, die Vermögenssteuer als Millionärssteuer wiederbelebt (5 Prozent auf alle Privatvermögen von mehr als einer Million Euro) und eine „höhere Erbschaftsteuer realisiert“ werden. Konkret sollen der Grundfreibetrag auf 9.300 Euro und der Spitzensteuersatz auf 53 Prozent (ab 65.000 Euro) steigen. Das Ehegattensplitting soll abgeschafft wer-</p>	<p>Das Steuersystem muss den Zielen der Steuergerechtigkeit, des staatlichen Finanzbedarfs sowie der Wettbewerbsfähigkeit von Arbeitsplätzen und Unternehmen gleichermaßen dienen. Allgemeine Steuersenkungen sind in den nächsten Jahren nicht finanzierbar. Das schließt einzelne steuerpolitische Reformen nicht aus, beispielsweise mit dem Ziel einer größeren Steuergerechtigkeit oder der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die IG BCE unterstützt insbesondere steuerliche Entlastungen im</p>







# Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
	<p>Börsenumsatzsteuer erhoben und ein Lohnsteuerbonus (300 Euro, falls auf die Abgabe einer Steuererklärung verzichtet wird) einführt werden.</p>	<p>reseinkommen greifen) werden. Die Unternehmensteuer möchten die Unionsparteien auf „krisenverschärfende Wirkungen“ überprüfen und dabei eine „wachstumseindliche Steuerpolitik“ vermeiden.</p>	<p>8.500 Euro erhöht werden. Daneben soll eine einheitliche Werbungskosten- und Betriebsausgabenpauschale für alle Einkunftsarten von 2.000 Euro pro Jahr eingeführt und das Ehegattensplitting „zur Individualbesteuerung weiterentwickelt“ werden.</p>	<p>schränkung der Verlustnutzung bei Übernahmen und die Regelungen zu Funktionsverlagerungen wieder abschaffen. Die Erbschaftsteuer soll zu einer echten Ländersteuer gemacht werden. Jedes Land soll „selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Erbschaftsteuer“ erhebt.</p>	<p>den. Bei der Unternehmenssteuer soll die Senkung der Körperschaftsteuer von 25 Prozent auf 15 Prozent zurückgenommen und die Bemessungsgrundlage verbreitert werden.</p>	<p>unteren und mittleren Einkommensbereich (durch den schrittweisen Abbau der „kalten Progression“ und des „Mittelstandsbauchs“) sowie die Einführung einer steuerlichen Förderung von F+E.</p>
<b>Energie- und Klimapolitik</b>	<p>Die SPD will die Klimaziele durch die umfassende Modernisierung der Gebäude, Infrastruktur und der Industrie, hier genannt: Kapitalstock, erreichen. Die SPD tritt für die Gründung einer deutschen Netz AG inkl. einer eventuellen staatlichen Beteiligung ein. Die Gesellschaft soll ein intelligentes Stromnetz aufbauen. Über fünf Seiten wird unter der Überschrift „Deutschland als Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität“ ein relativ umfassendes Programm dargestellt. Das grundsätzliche Konzept lautet: „Ökologische Industriepolitik“. Damit meint die SPD die Einstellung der Industrie auf Nachhaltigkeit und nachwachsende Rohstoffe. Bis zum Jahr 2020 sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Um die Energieeffizienz zu fördern und das Ziel, bis 2020 die Energieproduktivität gegenüber 1990 zu verdoppeln, soll ein Klimaschutz- / Investitionsgesetz eingeführt werden. Der Kernenergieausstieg wird erneut festgeschrieben.</p>	<p>In ihrem Regierungsprogramm setzt sich die CDU in ihren zentralen zehn Punkten für den „verantwortungsbewussten Umgang“ mit knappen Ressourcen und für die Bekämpfung des Klimawandels ein. Die Energiestrategie setzt dabei auf Energiesicherheit, ökologische Verträglichkeit, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energiepreise und Unabhängigkeit. Ein Zukunftsprojekt für die Union ist die Förderung der Umwelttechnik als einer der Wachstumsmärkte des 21. Jahrhunderts. Die Förderung soll durch marktwirtschaftliche Instrumente und gezielte Anreize erfolgen. Weiter heißt es im Programm: Deutschland braucht eine nationale Energiestrategie. Dadurch soll die Abhängigkeit verringert werden, insbesondere wegen der Risiken bei Öl- und Gas produzierenden Staaten. Ein Energiemix wird gefordert, der auch fossile Brennstoffe umfasst. Der Ausbau der Stromnetze wird als notwendig anerkannt. Die</p>	<p>Im Rahmen der ökologischen Finanzreform setzen sich die Grünen für die Beendigung der Kohlesubventionen und der Ausnahmeregelungen im Ökosteuergesetz ein. Die CO<sub>2</sub>-Zertifikate im europäischen Emissionshandel sollen grundsätzlich versteigert werden und die „Schlupflöcher“ für energieintensive Branchen sollen abgebaut werden. Die Windfallprofite der Energiewirtschaft aus der Zuteilung von kostenlosen Emissionszertifikaten müssten besteuert werden. Bis zum Jahr 2040 ist eine 100-prozentige Versorgung durch Erneuerbare Energien der gesamten Volkswirtschaft vorgesehen. Für die Stromversorgung ist dieses Ziel schon auf das Jahr 2030 gelegt. Bis 2020 müssen alle Gebäude mindestens 20 Prozent des Wärmebedarfs über Erneuerbare Energien erbringen. Im Bereich der Stromnetze ist eine konzernunabhängige deutsche Netzgesellschaft gefordert. Der Atomausstiegsbeschluss bleibt unverändert. Die Grünen setzen sich für eine</p>	<p>Der Umfang mit natürlichen Ressourcen soll aus Sicht der FDP Technologie „offen und ideologiefrei“ gestaltet werden. Fortschritte in der Umwelt- und Energiepolitik erwartet die FDP durch den Einsatz moderner Technik. Um Bürger zu entlasten wird die Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent oder alternativ die Verminderung der Ökosteuer gefordert. Die Senkung der Stromsteuer soll durch Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Handel finanziert werden. Der Ausbau des europäischen Stromwettbewerbes durch die Erhöhung der Importkapazitäten wird eingefordert. Die derzeitige hohe Konzentration auf dem deutschen Energiemarkt auf die großen Vier soll aufgebrochen werden, unter Umständen durch Einsatz des Kartellamtes. Im Bereich der Netze wird auf strikte Kontrolle der Netzbetreiber abgehoben. Beim Ausbau der Netze und moderner neuer Kraftwerke soll der Genehmigungsstau aufgelöst werden. Hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Politik gilt die Leitlinie eines globalen Koh-</p>	<p>Die Energiekonzerne sollen in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle überführt werden. Ferner ist der vollständige Umbau der Energieversorgung hin zu regenerativer Vollversorgung festgeschrieben. Bis zum Jahr 2050 sollen 90 Prozent der Treibhausgase in Deutschland reduziert werden. Für das Jahr 2020 ist eine Rückführung um 50 Prozent gegenüber Basis 1990 festgehalten. Ebenfalls bis 2020 sollen mindestens 50 Prozent des Stromverbrauchs durch Erneuerbare Energien und mindestens 25 Prozent im Wärme-/Kältemarkt dargestellt werden. Bezüglich Kernenergie und Kohleverstromung wird mittelfristig ein konsequenter Ausstieg festgeschrieben. Neue Kohlekraftwerke und die CCS-Technologie werden abgelehnt. Die Kernenergie soll unverzüglich beendet werden. Für die Standorte Gorleben (hochaktive Abfälle) und Konrad (nicht Wärme entwickelnde Abfälle) wird die Aufgabe der Standorte gefordert.</p>	<p>Die IG BCE will, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiger und umweltfreundlicher Industriestandort bleibt. Deshalb tritt sie ein für Nachhaltigkeit, also für ein Gleichgewicht zwischen ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklung. Eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung ist ein Grundpfeiler für Stabilität und Wachstum der Industrie. Der Strompreis droht für die energieintensive Industrie zum entscheidenden Kriterium zur Verlagerung der Produktion in andere Länder zu werden. Entscheidend für den Erhalt des Industriestandorts wird eine rasche Ausweitung des Stromangebots durch Zubau von Erzeugungs- und Leitungskapazität sein. Ein breiter Energiemix hat sich bewährt. Um auch in Zukunft eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung gewährleisten zu können brauchen Deutschland und Europa alle Energieträger, die sie heute nutzen. Die erneuerbaren Energien müssen weiter ausgebaut werden. Dabei müssen sowohl ihr Potenzial als auch ihre Kosten</p>

Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
	<p>Die Endlagerung soll unter dem Primat des best möglichen Standortes vorangetrieben werden. Die SPD stellt fest, dass auf fossile Energieträger in der Energieerzeugung auf absehbare Zeit nicht zu verzichten ist. Die CCS-Technologie soll weiter entwickelt werden. Dem Emissionshandel wird eine zentrale Funktion zugeordnet.</p> <p>Steinkohle: Der Auslauf des Steinkohlenbergbaus soll durch das Vorziehen der Revisionsklauseln vor 2012 verhindert werden.</p>	<p>Rahmenbedingungen für die Modernisierung des Kraftwerksparks soll verbessert werden. Die Akzeptanz bei Neubauvorhaben im Kraftwerkspark soll verbessert werden.</p> <p>Bei den Erneuerbaren Energien zielt die Union auf eine höhere Wirtschaftlichkeit und Grundlastfähigkeit ab.</p> <p>Die Kernenergie ist für die Union vorerst unverzichtbar. Ein Neubau von Kernkraftwerken wird aber abgelehnt. Das Gorlebenmoratorium soll sofort aufgehoben werden.</p>	<p>gesetzliche Vorschrift betreffend eines Mindestwirkungsgrades für neue Kraftwerke ein, der für eine Übergangszeit dann ausschließlich Gaskraftwerke ermöglichen würde.</p> <p>Im Bereich der projektbezogenen Maßnahmen des Kyoto-Protokolls werden keine unbegrenzten CDM-JI-Senkungsbeiträge zugelassen.</p> <p>Für 2020 ist ein KWK-Anteil an der Stromerzeugung in Höhe von 30 Prozent mit Hilfe eines Quotenmodells vorgesehen.</p> <p>Unter der Überschrift „Klimaschutz und globale Gerechtigkeit“ setzen sich die Grünen dafür ein, dass bis zum 2050 die Industriestaaten ihren Ausstoß an Treibhausgasen um 80 Prozent reduzieren.</p>	<p>lenstoffmarktes. Zielstellung ist es, dort CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken, wo dies am günstigsten geschehen kann. Auktionierung ist für die FDP das richtige Instrument zur Verteilung der CO<sub>2</sub>-Rechte. Für energieintensive Branchen im internationalen Wettbewerb soll es Ausnahmen geben.</p> <p>Der Energiemix soll insbesondere durch den Ausbau von Erneuerbaren Energien und Energiespeichern verbreitert werden. Alternativen zu fossilen Energieträgern sollen gesucht werden.</p> <p>Die FDP setzt sich für die CCS-Förderung ein. Kohleverstromung ist auf absehbare Zeit notwendig.</p> <p>Der Kernenergieausstieg ist aus Sicht der FDP falsch. Kernenergie werde als Übergangstechnologie gebraucht.</p>		<p>realistisch betrachtet werden. Erneuerbare Energieträger leisten einen zunehmenden Beitrag zur Energieversorgung, weltweit und in Deutschland. Auf absehbare Zeit bleiben Kohle und Kernenergie die wichtigsten Säulen der Versorgungssicherheit. Die IG BCE steht zum Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung von 2002. Ein vorzeitiger Ausstieg aus der Kernenergie und der unzureichende Neubau von Kohlekraftwerken stellen die Erzeugung wettbewerbsfähiger Grundlastenergie für die Industrie in Frage. Die IG BCE hält es für sinnvoll, statt einer einfachen Addition von Jahren die Restlaufzeit der Kernkraftwerke vom Sicherheitsnachweis der Anlagen abhängig zu machen. Zudem bedarf es der Weiterführung der Energieforschung im Bereich der Kernergiesicherheitstechnik. Auch am Energieträger Kohle führt kein Weg vorbei. Stein- und Braunkohle decken die Hälfte der deutschen Stromversorgung. Die Kohlereviere brauchen stabile und verlässliche Rahmenbedingungen. Die IG BCE tritt für den Sockelbergbau ein. Der Emissionshandel darf die Wirtschaftlichkeit der Braun- und muss so ausgestaltet werden, dass Fehlanreize vermieden werden. Emissionshandelsbedingt gestiegene Stromkosten müssen für stromintensive Unternehmen unbürokratisch kompensiert werden.</p>

Inhaltlicher Vergleich von Themenfeldern aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 und die jeweilige Position der IG BCE

Thema	 <b>SPD</b>	 <b>CDU / CSU</b>	 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	 <b>FDP</b>	 <b>Die Linke</b>	 <b>IG BCE</b>
<b>Europapolitik</b>	<p>In der Europapolitik setzt die SPD deutliche Akzente: Die Verbesserung der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordination, mehr Rechte für Betriebsräte und die Stärkung der Mitbestimmung.</p> <p>Sie tritt für eine soziale Fortschrittsklausel und die europarechtliche Klärung von tarif- und sozialrechtlichen Fragen ein.</p> <p>Die SPD steht für eine Verwirklichung des Vertrages von Lissabon und damit auch für die Grundrechtecharta.</p>	<p>Die CDU bleibt an wesentlichen Stellen unklar. Sie bekennt sich zwar zur Sozialen Marktwirtschaft, aber Hinweise auf eine vom EGB geforderten sozialen Fortschrittsklausel fehlen. Auch findet sich im Programm keinerlei Bezug auf Mitbestimmung, Betriebsräte oder andere z. B. tarifrechtliche Fragen.</p> <p>Schwerpunkte werden eher auf Wettbewerb und Verbraucherschutz gelegt. Entbürokratisierung und eine gemeinsame Energiepolitik sind weitere Ziele der Union.</p>	<p>Im Wahlprogramm befinden sich keine Aussagen über z. B. die Frage eines sozialen Europas, geschweige denn zu Fragen wie Mitbestimmung oder Betriebsräte.</p> <p>Unter der Überschrift „Eine Welt. Eine Vision.“ werden hauptsächlich umweltpolitische Ziele benannt. Das Thema Globalisierung nimmt zwar einen großen Raum ein, bezieht sich aber nicht auf für die Arbeitswelt relevante Bereiche.</p> <p>Auch der Bezug auf den Vertrag von Lissabon beinhaltet keine Aussagen zur z. B. sozialen Fortschrittsklausel, die die Gewerkschaften in Bezug auf den Vertrag gefordert haben.</p>	<p>Keine relevanten Aussagen zu Fragen wie „ein soziales Europa, Betriebsräte oder Mitbestimmung“. Hinweis auf wirksame Durchsetzung der Grundrechtecharta.</p>	<p>Die Linke plädiert für die Aufnahme von Wachstums- und Beschäftigungszielen in die Statuten der EZB.</p> <p>Die soziale Fortschrittsklausel soll gleiche Löhne für gleiche Arbeit am gleichen Ort sichern. Eine künftige EU-Verfassung soll unter Einfluss der Bürgerinnen und Bürger zustande kommen.</p> <p>Die Europäische Verteidigungsagentur soll durch eine Abrüstungsagentur ersetzt werden.</p>	<p>Die Grundrechtecharta muss ein ganz wesentliches Element des europäischen Verfassungsvertrags bleiben. Hier geht es neben den Bürgerrechten wie Rede-, Meinungs- oder Versammlungsfreiheit auch um den Verbraucherschutz, den Datenschutz oder soziale Rechte. Bei unserer Forderung nach einer sozialen Fortschrittsklausel für den sozialen Fortschritt, geht es in erster Linie darum, dass soziale Schutz- und Arbeitnehmerrechte den gleichen Stellenwert haben wie die Dienstleistungsfreiheit und der Binnenmarkt. In einer Serie von Entscheidungen hatte sich der Europäische Gerichtshof (EuGH) außerdem mit dem Verhältnis der Grundfreiheiten im Binnenmarkt zum Arbeitnehmerschutz und den sozialen Grundrechten befasst. Der EuGH stellte dabei den Binnenmarkt über elementare Grundrechte wie das Streikrecht und die Tarifautonomie. Aus Sicht der IG BCE ist das nicht akzeptabel. Wir fordern den generellen Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten. Rechte von Betriebsräten und ihren Gewerkschaften, aber auch Fragen der Mitbestimmung und der Tarifautonomie müssen durch Aufnahme ins europäische Primärrecht gestärkt werden.</p>